

Im Gespräch mit: Christoph Schaltegger

Der Kanton Schaffhausen soll sich auf die internationale und viel diskutierte Steuerreform vorbereiten, sagt der renommierte Ökonom Christoph Schaltegger. Die Inflation schätzt er derweil als nicht gravierend ein.

«Schaffhausen steht im Fokus»

Dario Muffler

Der Kanton Schaffhausen ist für Unternehmen attraktiv, weil er tiefe Steuersätze hat. Diesen Steuerwettbewerb will die internationale Organisation OECD nun stoppen und deshalb eine Mindeststeuer einführen. Darum müsse sich der Kanton aktiv bei der Umsetzung der Reform einbringen, sagt Christoph Schaltegger (49), der gemäss NZZ-Ranking zu den einflussreichsten Ökonomen der Schweiz gehört.

Herr Schaltegger, die Inflation in der Schweiz ist im Juni über drei Prozent geklettert. Der Wert des Geldes nimmt weiter ab. Wie weit geht das noch?

Christoph Schaltegger: Vielen von uns ist die Zeit mit einer ähnlich hohen Inflation nicht mehr in Erinnerung. Das geht zurück ins Jahr 1993. Ich habe zwar keine Glaskugel, die Schweizerische Nationalbank geht aber davon aus, dass die Inflation noch weiter steigt.

Wann kehren die Zinsen ins Positive zurück und wie weit geht es rauf?

Schaltegger: Wenn Sie mir vor 20 Jahren gesagt hätten, es gäbe negative Zinsen, dann hätte ich das als aussergewöhnlich bezeichnet. Nun hatten wir diese Situation ein paar Jahre. Doch es ist ungesund für eine Volkswirtschaft, wenn Sparen bestraft wird. Was aktuell passiert, ist eine Annäherung an die Normalität, in der wir in ein positives Zinsumfeld kommen. Wie hoch dieses sein wird, weiss ich jedoch nicht.

Die Zinsen haben den Schweizer Franken aufgewertet. Droht dem Schaffhauser Detailhandel nun der Einkaufstourismus?

Schaltegger: Die Währung ist das eine, das Preisniveau das andere. Durch die Inflation sind die Preise im Ausland gestiegen. Da kann es sein, dass dies den Währungseffekt aufhebt. Das müsste man sich im Einzelfall anschauen.

Die Hypotheken werden ebenfalls teurer. Was sind die Folgen davon?

Schaltegger: Das Tiefzinsumfeld hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich viele Personen verschuldet haben, um Immobilien zu erwerben. Dass hier irgendwann eine Normalisierung stattfindet, ist nichts Aussergewöhnliches. Gleichzeitig können die steigenden Zinsen dazu führen, dass Schuldner die Zinslast nicht tragen können. Die Gefahr einer Immobilien- und Bankenkrise sehe ich aktuell aber nicht.

Nicht nur die Zinsen, sondern auch die Energiekosten steigen. Kommt hier eine hochexplosive Mischung auf uns zu?

Schaltegger: Als hochexplosiv würde ich die Situation in der Schweiz noch nicht bezeichnen. Im Ausland ist sie angespannter.

Der Staat muss also nicht intervenieren?



Christoph Schaltegger rät Schaffhausen, sich bei der Umsetzung der Steuerreform einzubringen. BILD PHILIPP SCHMIDLI

Schaltegger: Das halte ich für keine gute Idee. Das Problem ist der Geldüberhang. Gleichzeitig führten die unterbrochenen Lieferketten zu Angebotseinschränkungen, während nach der Pandemie wieder mehr konsumiert wurde. Diese beiden Faktoren haben gemeinsam mit dem Geldüberhang zu einer Entzündung geführt. Das ist aber keine finanzpolitische Herausforderung.

Ganz im Gegensatz zur OECD-Reform, die eine Mindeststeuer für grosse, international tätige Unternehmen fordert. Wie schlimm ist diese Reform?

Schaltegger: Sie ist eine steuerpolitische Revolution. Weil die Schweiz attraktiv ist, steht sie im Fokus. Wir können aber nicht entfliehen, denn die Reformelemente sehen

Christoph Schaltegger

Der Ordinarius für Politische Ökonomie lehrt an den Universitäten Luzern und St. Gallen. Sein Schwerpunkt sind öffentliche Finanzen. Bis 2008 arbeitete er als Referent von Bundesrat Hans-Rudolf Merz im Eidgenössischen Finanzdepartement.

vor, dass andere Länder das Recht hätten, unsere Firmen im Ausland zu besteuern, wenn wir nicht mitmachen. Der Kanton Schaffhausen steht im Fokus, weil er eine attraktive Unternehmensbesteuerung hat. Deshalb tut er gut daran, die Reform nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern sich in Bundesbern einzubringen. Es wäre falsch zu glauben, der Bund werde es schon richten.

Sollten Bund und Kantone sich nicht freuen, wenn es mehr Steuereinnahmen gibt?

Schaltegger: Wie viel Geld am Ende im Kanton Schaffhausen hängen bleibt, ist noch nicht ausgemacht. Die Unternehmen sollen höher besteuert werden, was bedeutet, dass die Standortattraktivität abnimmt. Die Fir-

men werden darauf reagieren. Sie werden nicht auswandern, aber Gewinne zum Teil andernorts anfallen lassen. Die Unternehmen werden das tun, was sie schon immer getan haben: Optimierungen vornehmen.

Ursprünglich sollten die Kantone alle Mehreinnahmen erhalten. Nun sollen 25 Prozent an den Bund fließen. Was sagen Sie zu dieser Lösung?

Schaltegger: Schaffhausen oder Zug sind stark betroffen, andere viel weniger. In so einer Situation macht es eigentlich Sinn, dass jeder Kanton individuell reagiert und nicht der Bund irgendetwas macht, das im Durchschnitt richtig ist. Dieser Durchschnitt ist für Schaffhausen falsch.

Was wäre Ihr Vorschlag gewesen?

Schaltegger: Der Bund hätte eine Vorschrift im Steuerharmonisierungsgesetz erlassen können, die besagt, dass die Kantone diese OECD-Reform umsetzen müssen. So hätte der Kanton Schaffhausen selber ein Gesetz formulieren und es umsetzen können. Der Kanton könnte die Verwaltung darauf einstellen und mit den Firmen die Situation genau anschauen. Die schwierige Auseinandersetzung mit Bundesbehörden wäre dann gar nicht notwendig.

Würde damit nicht eine neue Form des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen entstehen?

Schaltegger: Nein, das würde nicht passieren, weil im Steuerharmonisierungsgesetz stünde, dass die Reform umgesetzt werden müsse. Aber der Kanton hätte die Möglichkeit, relativ flexibel und pragmatisch auf Veränderungen des Gesetzes zu reagieren.

Weshalb ist das wichtig?

Schaltegger: Das Reformprojekt hat sich seit der Lancierung mehrmals verändert. Gestartet wurde bei einer Mindestbesteuerung von 21 Prozent, jetzt liegen wir bei 15 Prozent. Bei Beginn kannte man die Bemessungsgrundlagen nicht einmal. In diesem System befindet sich so viel Musik, dass es besser ist, wenn die kantonalen Gesetzgeber diese Musik in der Realität hören.

Droht der aktuelle Weg zu scheitern?

Schaltegger: Hier geht es um eine derart wichtige Frage des Steuerstaats, dass es ein Armutszeugnis für unsere Demokratie wäre, wenn nicht eine breite Diskussion geführt werden würde. Es handelt sich um eine Verfassungsänderung, weshalb auch das Volk überzeugt werden muss. Es ist auch nicht so, dass alle anderen schneller sind. Es gibt EU-Staaten, die nicht mitmachen möchten, etwa Ungarn. Wir müssen uns diese Zeit nehmen, um die beste Lösung zu finden.

HÜT IM GSCHPRÖCH Interview mit Christoph Schaltegger unter www.shn.ch/click

Fakten und Ansichten

Stellungnahme zum Masterplan Wärmeverbünde

Der städtische Gewerbeverband vertritt grundsätzlich eine positive Grundhaltung gegenüber Wärmeverbünden. Mit dem von der Stadt Schaffhausen vorgestellten Masterplan kann nun eine Planung vorangetrieben werden. Der Masterplan «reserviert» nun aber quasi für die stadteigenen Werke SH Power im Wesentlichen die Gebiete mit hoher Anschlussdichte. Unbeachtet ob in diesen Gebieten eine sinnvolle Energieproduktion möglich ist oder ob auch eine private Betreibergesellschaft, welche organisch gewachsen ist, bereits mögliche Lösungen prä-

sentieren könnte. Dem städtischen Gewerbeverband ist sehr wichtig, dass die skizzierten Konversionsgebiete nicht «in Stein gemeisselt» sind, denn damit wären Entwicklung und Forschung ausgehebelt. Sollte ein privater Wärmeverbund eine bessere und raschere Lösung entwickeln können als die städtischen Werke, sollte dieser eine Chance bekommen. Dies wäre im Interesse der zukünftigen Bezüger.

Sinnvolles Nebeneinander

Ein sinnvolles Nebeneinander von Staat und Privat begrüssen wir grund-

sätzlich. Ob es tatsächlich gelingen wird, wird die Zeit zeigen. Das sinnvolle Nebeneinander bedarf nämlich eines Fairplays. Ganz und gar nicht diesen Eindruck erweckt nun aber leider das Interview mit dem Verwaltungskommissionspräsidenten Peter Neukomm und dem Geschäftsführer von SH Power, Hagen Pöhnert, in den SN vom 9. Juli 2022. Die öffentliche Hand sollte schleunigst faire Konzessionsverträge entwickeln. Bei diesen müssen mögliche Risiken von beiden Parteien ausgewogen berücksichtigt werden. Dies wäre im Interesse der

Wärmebezüger. Von Mitgliederseite mussten wir erfahren, dass die Realität anders aussieht. Es wird versucht, sämtliche Risiken den Betreibergesellschaften zu überlassen, und es werden technische Vorgaben definiert, welche praxisfremd oder nicht umsetzbar sind.

Gute Lösungen mit den Privaten

Nur immer zu behaupten, man unterstütze die privaten Initiativen beim Umstieg auf umweltfreundliche Lösungen und dann doch nicht Hand zu bieten, geht unserer Meinung nach

einfach nicht auf. Wir hoffen, dass doch noch ausgewogene Konzessionsverträge auf den Tisch kommen und private Anbieter nicht benachteiligt werden. Private sind vielfach viel schneller, um diese Projekte zu verwirklichen. Schlussendlich muss der Wärmebezüger von der bestmöglichen Lösung profitieren können. Das verstehen wir unter freier Marktwirtschaft.

Für den Städtischen Gewerbeverband Schaffhausen Nicole Herren, Präsidentin